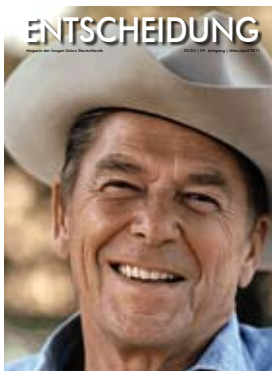


GEDANKEN AUS DER CHEFREDAKTION

Die neue Doppelspitze



Liebe **ENTSCHEIDUNG**-Leser!

Alles neu macht diesmal nicht erst der Mai, sondern schon der März: Mit dieser Ausgabe tritt Younes Ouaqasse seinen Posten als Chefredakteur neben Dr. Stefan Ewert an. Die Doppelspitze hat bei der **ENTSCHEIDUNG** bereits seit 2006 mit Vorgänger Sidney Pfannstiel Tradition. Und was sich bewährt hat, soll schließlich nicht verändert werden!

Der Neue ist kein Unbekannter - von 2008 bis 2010 war Younes Ouaqasse Bundesvorsitzender der Schüler Union.

Gewidmet ist die März/April-Ausgabe keinem geringeren als Ronald Reagan. Der frühere US-Präsident wäre 2011 100 Jahre alt geworden - unser Land hat diesem großen Staatsmann, der mit seiner historischen Rede vor dem Brandenburger Tor den Fall der Mauer forderte, viel zu verdanken, wie der Publizist Georg Gafron in seiner Würdigung hervorhebt.

Eine vergnügliche Lektüre wünscht die Chefredaktion
Dr. Stefan Ewert & Younes Ouaqasse

INTERVIEW

„Wertegebundene und moderne Volkspartei sein“



ENTSCHEIDUNG: Seit Ende Oktober 2009 sind Sie Generalsekretär der CDU. Wie interpretieren Sie Ihre Rolle: eher nach innen oder nach außen?

Hermann Gröhe: Letztlich gehört beides zusammen. Gerade im ersten Amtsjahr habe ich mir wegen des spürbaren Bedürfnisses nach offener, interner Aussprache sehr viel Zeit für

Gespräche mit unseren Mitgliedern genommen, um Fragen zur Arbeit der Koalition oder zum Kurs der CDU unter dem Motto „Tür zu, Tacheles“ zu diskutieren. Zugleich gehören zu den Aufgaben eines Generalsekretärs die öffentliche und die programmatische Positionierung - und nicht zuletzt - die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Für das eigene Profil ist es wichtig, dass wir sagen: Das will die CDU. Zur Demokratie gehört aber genauso, unterscheiden zu können. Deswegen: Klare Kante und Klartext gegenüber dem politischen Mitbewerber.

ENTSCHEIDUNG: Wer ist denn in diesem Jahr der politische Hauptgegner?

Hermann Gröhe: Hier gilt es zu unterscheiden: Die Auseinandersetzung mit Extremisten hat eine andere Qualität als die im demokratischen Lager. Wenn etwa die Linkspartei wieder vom Kommunismus träumt, geht es in dieser Debatte um eine fundamentale Ausrichtung unseres Staatswesens. Aber auch im demokratischen Wettbewerb ist klare Unterscheidbarkeit gefragt. In den vergangenen Monaten mag da oft der Eindruck entstanden sein, die politischen Auseinandersetzungen fanden vor allem zwischen der Union und den Grünen statt. Das hat jedoch weniger mit der Originalität der Grünen zu tun, sondern mit dem Totalausfall der SPD.

Die SPD hat es zugelassen, dass sie durch die Verengung ihrer Themen den Charakter einer Volkspartei zu verlieren droht. Sie hat den Grünen die Meinungsführerschaft in der Opposition überlassen. Trotzdem warne ich davor, die Auseinandersetzung mit der SPD aus dem Blick zu verlieren.

ENTSCHEIDUNG: Gelegenheit dazu besteht bei den zahlreichen Landtags- und Kommunalwahlen in diesem Jahr: Was sind die Ziele und Inhalte der Union in den Wahlkämpfen? [...]

» Mehr in der **ENTSCHEIDUNG**

Lesen, wie die Schwarzen denken: Seit über 50 Jahren ist DIE ENTSCHEIDUNG das Magazin der Jungen Union Deutschlands: Alle 2 Monate aktuelle politische Informationen aus dem Verband und für den Verband - und das ab 10,- Euro im Jahr! Abonnieren lohnt sich unter



REAGAN

Ronald Reagan – Glücksfall der Geschichte

von Georg Gafron



In den Vereinigten Staaten von Amerika war ein Jahr zuvor mit Ronald Reagan ein Mann zum Präsidenten gewählt worden, der mit strotzendem Optimismus und großer Gestaltungskraft begann, den USA nach den müden Jahren unter Präsident Jimmy Carter neue Vitalität zu geben. In Deutschland, dem wichtigsten Verbündeten Amerikas in

Europa, folgte auf den, von seiner eigenen Partei im Stich gelassenen, Sozialdemokraten Helmut Schmidt, der als „schwarzer Riese“ betitelte Christdemokrat Helmut Kohl ins Kanzleramt. In jeder Hinsicht ein Glücksfall.

Die Sowjetunion hatte mit der Einführung von Mittelstreckenraketen vom neuen Typ SS-20 die Kräftebalance zwischen dem freien Westen und dem Block kommunistischer Diktaturen zu ihren Gunsten verschoben. Jetzt war es möglich, Frankfurt, Hamburg oder München unter Raketenbeschuss zu nehmen, ohne dass die USA betroffen gewesen wären. Es war den Sowjets gelungen, zwischen den taktischen Gefechtsfeldwaffen und den strategischen Langstreckenraketen eine dritte Kategorie zu etablieren – wohl gemerkt, auch mit nuklearen Sprengköpfen bestückbar. Die Absicht Moskaus war eindeutig: Ziel war es, in Westeuropa Unsicherheit darüber aufkommen zu lassen, ob die USA im Falle eines Angriffs mit SS-20-Raketen ohne eine Gefährdung ihres eigenen Territoriums im Ernstfall bereit wären, mit ihren Langstreckenraketen einen Gegenschlag gegen die Sowjetunion zu führen. Kein anderer als Kanzler Helmut Schmidt war es, der bereits Mitte der 70er Jahre auf die sich abzeichnende bedrohliche Entwicklung aufmerksam machte. Die Folge war schließlich der sogenannte Nachrüstungsbeschluss der NATO. Auf dem Boden der Bundesrepublik sollten Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper des Typus „Pershing“ und „Cruise Missile“ stationiert werden, um das zur Abschreckung notwendige Gleichgewicht wiederherzustellen.

Die Sowjets entfachten gleichzeitig einen enormen Propagandakrieg innerhalb des Westens. Es entstand eine

sogenannte Friedensbewegung. Weite Teile der deutschen Linken, der Kirchen, der Medien, aber auch Teile des bürgerlichen Lagers wandten sich in einer Mischung aus Ängstlichkeit und tatsächlichem Pazifismus gegen die Absichten des westlichen Bündnisses. Flächendeckend wurde mobil gemacht: Friedensmärsche, Sitzblockaden, Menschenketten, Kongresse und Symposien. Bald schon zeigte diese Offensive Wirkung. Zum Amtsantritt Helmut Kohls waren zwei Drittel der Deutschen gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik. Der SPD-Kanzler Helmut Schmidt mußte in seinem letzten Amtsjahr von Wochenende auf Wochenende zur Kenntnis nehmen, wie auf diversen Parteitagungen der Genossen in den Ländern seiner Politik in dieser Frage eine Absage erteilt wurde. Doch Schmidt hielt an seiner Überzeugung fest und opferte dafür die Koalition mit der FDP und damit seine Kanzlerschaft.

Zumindest in dieser Frage war sein Nachfolger Helmut Kohl mit ihm einig. Eine Dominanz der Sowjetunion über Westeuropa bei gleichzeitiger Unsicherheit über das Verhalten des wichtigsten Partners im Bündnis, den USA, war für ihn nicht hinnehmbar. In Ronald Reagan fand Kohl schnell einen verlässlichen und freundschaftlichen Partner, der seine Überzeugungen teilte. Wohl nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik ist ein Bundeskanzler so diffamiert und mit Hämie überzogen worden wie der Mann aus der Pfalz. Während einer der großen Demonstrationen im Bonner Hofgarten, so berichtete Helmut Kohl später in kleiner Runde, sei er über den vielen Tausend „Friedensbewegten“ im Hubschrauber gekreist. Dabei habe er sich die Frage gestellt, machst du auch wirklich alles richtig? Ist die Nachrüstung wirklich erforderlich? Doch schon als der Helikopter in Oggersheim landete, wusste er nach nochmaligem Überdenken aller Aspekte, es gibt, um die Freiheit im Westen zu bewahren und nicht erpressbar zu werden, nur diese eine Möglichkeit. Je härter die Proteste wurden, umso überzeugter trat Helmut Kohl in der Öffentlichkeit auf. Und siehe da, eine alte politische Weisheit bewährte sich ein weiteres Mal: Wer authentisch und überzeugt für eine Position streitet, der erwirbt auch bei seinen Gegnern, wohl gemerkt nicht bei seinen Feinden, Achtung und Glaubwürdigkeit. Daraus erwächst in aller Regel das Nachdenken über die eigene Haltung und nicht selten ein Standortwechsel. So muss es wohl auch Anfang der 80er Jahre in Deutschland gewesen sein. Bei den Bundestagswahlen 1983 erreichte die CDU/CSU mit Helmut Kohl an der Spitze unerwartete 48,8 Prozent der Zweitstimmen. [...]

WEGE IN DIE POLITIK

Der politische Unternehmer



Auf dem Weg vom Potsdamer Platz zum Brandenburger Tor befindet sich in der Seitenstraße mit dem historischen Namen „In den Ministergärten“ Michael Boddenbergs Arbeitsplatz, die Hessische Landesvertretung in der Bundeshauptstadt. Seit 2009 ist der 51-Jährige als Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes beim Bund die Stimme Hessens im mitunter hektischen Berliner Politikbetrieb.

Dass er jemals ein politisches Amt bekleiden würde, hat sich der gebürtige Rheinländer zu Beginn seines Berufslebens nicht vorstellen können. „Ich bin in der Politik anfangs ein Exot, ein Quereinsteiger gewesen, erinnert sich Boddenberg. „Schon in meiner Schulzeit war ich zwar politisch interessiert, aber in meinem 800-Einwohner-Dorf Altenrath gab es nicht allzu viele Straßenkundgebungen.“ Das politische Geschehen Ende der 70er Jahre ging dennoch nicht spurlos an ihm vorbei - nachdem er 1978 in Siegburg sein Abitur abgelegt hatte, sah er sich als Wehrpflichtiger bei den Feldjägern mit dem Terrorismus der Rote-Armee-Fraktion konfrontiert. Damals bewachte er das Bundesverteidigungsministerium auf der Bonner Hardthöhe und sah die nach den Anschlägen der RAF stetig verschärften Sicherheitsvorkehrungen: „Man beschäftigte sich dadurch unmittelbar mit der Bedrohung der Demokratie. Daraus hat sich bei mir eine sehr dezidierte Meinung zu unserer Rechtsstaatlichkeit entwickelt. Heute würde ich in die Junge Union eintreten, weil die Parteien in unserem Gemeinwesen alternativlos sind. In der JU Mitglied zu werden, rate ich daher auch meinen Kindern.“

Geprägt durch seine Eltern, die einen Fleischereibetrieb führten, wollte er nach seiner Bundeswehrzeit „möglichst schnell studieren und schnell in Verantwortung kommen“. Parallel zu seiner Fleischerausbildung, die er mit der Meisterprüfung abschloss, absolvierte er in Köln ein BWL-Studium - bis zum Vordiplom, denn 1983 musste er wegen einer schweren Erkrankung des Vaters die elterliche Firma übernehmen. Der Anfang seines „etwas anderen Werdegangs“, wie es Boddenberg rückblickend nennt. Im selben Jahr zog er seiner Frau - einer Betriebswirtin - zuliebe und

zugleich berufsbedingt nach Frankfurt am Main, das bis heute sein Lebensmittelpunkt ist. Für ihn ging es nun als Unternehmer voran: Von 1984 bis 1990 war Boddenberg Mitglied der Geschäftsleitung eines mittelständischen Unternehmens der Tiefkühlindustrie. 1989 wurde er Leiter der traditionsreichen privaten Frankfurter Fleischer- und Bäcker-Fachschule J.A. Heyne seines Schwiegervaters Hans-Jürgen Heyne, die sich seit 61 Jahren im Familienbesitz befindet und deren Leitung bei seinem Amtsantritt als Staatsminister auf seine Frau überging. Zudem führte er zwischen 1995 und 2002 die Geschäfte der Fleischfeinkost Schäfer GmbH und ab 1993 der Boddenberg, Heyne & Partner GmbH, einer Beratungsfirma für die Nahrungsmittelindustrie.

Erst langsam begann der dreifache Familienvater, seit 1988 Mitglied der CDU, sich neben dem Beruf zu engagieren. Im Berufsverband erarbeitete er ein Papier zum Tierschutz bei der Lebensmittelherstellung - ein Anliegen, das bis heute sehr aktuell ist. Zusammen mit Dr. Andreas Grasmüller, dem damaligen Präsidenten des Deutschen Tierschutzbundes, warb er für das Konzept sogar in Fernsehsendungen, um „proaktiv, nicht getrieben werdend“ für die Bedeutung des artgerechten Umgangs mit Tieren zu werben. Petra Roth, zu dieser Zeit Vorsitzende der Frankfurter CDU und heutige Oberbürgermeisterin der Stadt, fragte ihn, ob er kommunalpolitisch aktiv werden wolle. So wurde er 1993 als ehrenamtlicher Stadtrat Mitglied des Frankfurter Magistrats. „Drei bis fünf Stunden pro Woche befasste ich mich mit Wirtschafts- und Finanzfragen. Bis heute ist beides neben der Weiterentwicklung des Flughafens mein inhaltlicher Schwerpunkt geblieben.“

Der Umfang seiner politischen Tätigkeit erhöhte sich allerdings enorm, nachdem er gefragt worden war, ob er nicht bei der Landtagswahl 1999 kandidieren wolle. Er wollte - und ihm gelang beim historischen Wahlsieg der Union der Sprung ins Parlament für den Wahlkreis Frankfurt am Main IV, der auch seinen Wohnort in Frankfurt-Sachsenhausen umfasst. Zwei Jahre später ernannte ihn Ministerpräsident Roland Koch zum Generalsekretär der hessischen CDU. Sofort war er als Krisenmanager gefragt. Es galt, die Spendenaffäre zu bewältigen: „Schönwetterpolitik kann jeder. Die Herausforderung ist Politik bei Schnee, Eis und Hagel.“ Die Union und auch Koch persönlich sahen sich in diesen Monaten perfiden Angriffen ausgesetzt, „das hat zusammengeschweißt“, blickt Boddenberg auf die teilweise sehr harten Auseinandersetzungen mit der linken Opposition zurück. [...]

WIRTSCHAFTSKÖPFE

„Ich habe ein Unternehmer-Gen bekommen“



Es ist ein Familienunternehmen par excellence, das vom Ehepaar Emil und Christiane Underberg und ihrer Tochter Hubertine in vierter und fünfter Generation geleitet wird: Seit der Gründung am 17. Juni 1846 durch Hubert Underberg und seine Frau Katharina in Familienbesitz hat sich die Underberg-Gruppe

zu einem international arbeitenden Spirituosen-, Wein- und Sekthaus mit gut 800 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von rund 500 Millionen Euro entwickelt. Damals wie heute befindet sich der Stammsitz im niederrheinischen Rheinberg. So sehr diese Kontinuität auf die Firma selbst zutrifft und sich daher zu Recht im Familienmotto „semper idem“ - immer dasselbe, insbesondere auf die bleibende Qualität und Wirkung des berühmten Magenbitters bezogen - widerspiegelt, so bewegt und facettenreich ist der Lebensweg von Geschäftsführerin Christiane Underberg.

Vor 71 Jahren in Frankfurt an der Oder geboren, musste sie im Februar 1945 nach Dortmund, die Heimatstadt ihrer Mutter, flüchten: „Ich bin eine gesamtdeutsche Mischung, mein Vater war Salzburger Ostpreuße, meine Mutter Westfälin.“ Geprägt durch ihr Elternhaus und geleitet vom christlichen Menschenbild ihrer katholischen Schule wollte sie bereits früh bei ihrem späteren Adoptivvater „als

menschliche Hand in der Industrie helfen“, so dass sie in den Jahren 1959 bis 1962 eine Ausbildung zur Sozialarbeiterin absolvierte. „Hier habe ich sehr viel für meinen weiteren Lebensweg gelernt“, erzählt Underberg. Nach ihrer Heirat - „Wir feiern dieses Jahr unsere ‚Goldene Verlobung‘.“ - kaufte ihr Mann eine Kornbrennerei und sie sollte die Geschäfte übernehmen. „Eine Strohfrau wollte ich nicht sein, deswegen machte ich einen Destillateurkurs.“ Dank ihrer Ausbildung in der Landfrauenschule Wittgenstein brachte sie auch den ihr von der Schwiegermutter anvertrauten landwirtschaftlichen Betrieb „mit viel Freude in die schwarzen Zahlen“, indem sie in Zusammenarbeit mit der Kieler Universität Kühe und Pietran-Schweine züchtete. „Das konnte ich trotz meiner Kinder erledigen, denn der Hof lag gleich nebenan“, erinnert sich die vierfache Mutter. Die Familie und Beruf zu vereinbaren, war für die Hauswirtschaftsmeisterin, die auch Lehrlinge aus schwierigem sozialem Umfeld ausbildete, eine Selbstverständlichkeit. „Ich habe ein Unternehmer-Gen bekommen. Für mich ist es wichtig, etwas zu gestalten im Leben, mich einzubringen und Verantwortung zu übernehmen.“

Diesem ethischen Ansatz folgt Christiane Underberg konsequent - privat wie beruflich: „In unserem Familienunternehmen ist es seit 165 Jahren üblich, sich sozial zu engagieren und um die eigenen Mitarbeiter zu sorgen. Der gesunde Mittelstand hat das immer getan und auch meine Tochter wird dies fortsetzen. [...]

» Mehr in der ENTSCHEIDUNG

AKTIV

Die heiße Wahlkampfphase



läutete die Junge Union Baden-Württemberg im Mannheimer Stadtteil Vogelstang ein. Der JU-Landesvorsitzende Steffen Bilger MdB betonte in seiner Begrüßung vor mehreren hundert JUlern und im Beisein der fünf JU-

Landtagskandidaten, dass nach Umfragen des SWR die

Zustimmung für die CDU bei der Gruppe der unter 35-jährigen bei 49 Prozent liege - ein noch nie erreichtes Niveau und Ansporn, diese Werte in Wählerstimmen umzuwandeln. Nach Ansprachen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Peter Hauk MdL und JU-Chef Philipp Mißfelder, die den richtungweisenden Charakter der bevorstehenden Wahl unterstrichen und vor einer linken Mehrheit warnten, warb Ministerpräsident Stefan Mappus MdL für die Fortsetzung seiner erfolgreichen Regierungsarbeit. Er hob die Spitzenpositionen Baden-Württembergs im Bund und in Europa hervor: „Nirgendwo brummt die Wirtschaft so wie hier, Baden-Württemberg ist der Motor des Aufschwung Deutschlands.“